

man einen genauen Überblick über das Theaterleben in Prag um die Mitte des 19. Jh. erhält. Die Koexistenz eines deutsch- und tschechischsprachigen Theaters in Prag wird ebenso deutlich wie die Separation mit der Gründung des tschechischen Interimstheaters als Vorstufe zum Nationaltheater, dem Národní divadlo, die auf die wechselseitige kulturelle Desintegration in Prag verweist.

Weimar – Jena

Steffen Höhne

Anatol Schmied-Kowarzik: Unteilbar und untrennbar? Die Verhandlungen zwischen Cisleithanien und Ungarn zum gescheiterten Wirtschaftsausgleich 1897. Studien-Verl. Innsbruck u.a. 2010. 402 S. ISBN 978-3-7065-4764-2. (€ 49,90.)

Der Ausgleich von 1867 rettete die Habsburgermonarchie aus einer elementaren Staatskrise, barg aber durch seine Ausgestaltung zahlreiche neue Konfliktpotenziale in sich. Schon die unterschiedlichen Haltungen zu der Frage, ob Österreich-Ungarn einen Staat oder ein Bündnis zweier Staaten darstellte, hatten durchaus weitreichende praktische Konsequenzen. Der Gang der alle zehn Jahre stattfindenden Verhandlungen, bei denen es um zentrale, teilweise aber auch sehr detaillierte wirtschafts- und finanzpolitische Regelungen ging, wurde eben nicht nur von Interessengegensätzen und den jeweiligen „innenpolitischen“ Hintergründen geprägt, sondern immer auch von grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Positionen beeinflusst. Nachdem sich Cisleithanien und Ungarn 1877 und 1887 noch über die wichtigsten Fragen einigen konnten, scheiterten die Ausgleichsverhandlungen des Jahres 1897. Bis 1907 wieder Einigkeit über einen neuen Ausgleich erzielt wurde, ist die Gültigkeit der bestehenden Regeln provisorisch um jeweils ein Jahr verlängert worden, was nicht nur die Labilität des Imperiums immer wieder in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit brachte und langfristige Investitionen in die Armee erschwerte, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt haben könnte.

Anatol Schmied-Kowarzik zeichnet im Hauptteil seiner 2001 in Wien verteidigten Dissertation die zwischen Oktober 1895 und Januar 1898 stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Regierungen über die Verlängerung des Zoll- und Handelsbündnisses und zwischen den Deputationen der Parlamente über die Aufteilung der für die gemeinsamen Angelegenheiten notwendigen Staatseinnahmen, die sogenannte Quote, nach. Sinnvoll ergänzt wird diese Darstellung durch eine Analyse wichtiger Debatten in den Parlamenten, in Wahlkämpfen, einem Teil der Publizistik sowie Stellungnahmen der Handels- und Gewerbekammern.

Insgesamt sah sich die cisleithanische Seite von den Verhandlungsergebnissen des Jahres 1896 zur Kontingentierung der Verzehrungssteuer, zur Umstrukturierung der Notenbank und zu den Regelungen über die Rückerstattung des Zollpreises, wenn importierte Rohstoffe weiterverarbeitet und exportiert werden – also dem sogenannten Mahlverkehr –, benachteiligt. Sie betonte daher gegenüber der ungarischen Seite und vor allem auch gegenüber der eigenen politischen Öffentlichkeit, dass sie im Gegenzug eine deutliche Veränderung der Quote, also eine stärkere Beteiligung Ungarns am gemeinsamen Haushalt erwarte. In dieser Frage konnten aber weder die offiziell verhandelnden Deputationen der beiden Parlamente noch die parallel miteinander korrespondierenden Regierungen einen Kompromiss erzielen. Nachdem außerdem der Reichsrat aufgrund der Obstruktionspolitik der deutschen Parteien faktisch handlungsunfähig geworden war und die ungarische Seite aufgrund entsprechender Formulierungen ihres Ausgleichsgesetzes darauf bestanden hatte, nur mit einem „konstitutionell verfassten“ Partner Verträge abschließen zu können, scheiterten die Ausgleichsverhandlungen insgesamt.

Auch wenn diese Zusammenhänge der historiografischen Forschung schon grundsätzlich bekannt waren, ist es ein Verdienst von Sch.-K., die komplexen Zusammenhänge und Eigendynamiken derartiger Junktims aufzuzeigen und die Praxis der Politik der Habsburgermonarchie und insbesondere der cisleithanischen Reichshälfte generell prägenden Prinzips des „do ut des“ auf der Grundlage eines breiten Quellenstudiums zu schildern.

Dabei erfolgt eine gelungene Mischung aus Originaltexten und gut verständlichen Erläuterungen sowie in der Regel nachvollziehbaren Interpretationen. Wiederholungen ließen sich allerdings nicht ganz vermeiden.

In seiner Einleitung betont Sch.-K., dass die wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen zwar den Gegenstand seiner Untersuchungen bilden, jedoch wirtschaftshistorische Zusammenhänge oder auch nur die wirtschaftspolitischen Konsequenzen nicht „im Mittelpunkt des Interesses“ stehen würden (S. 16 f.). Die Legitimität dieser Vorgehensweise ist durchaus fraglich, denn das Agieren von Ministern, Regierungsbeamten und Parlamentariern in Verhandlungen über Konsumsteuern, Zollpolitik oder die Kompetenzen einer zentralen Notenbank wurde durchaus auch von ökonomischen Interessen und Zielen, Lobbyismus, der Wahrnehmung sich verändernder weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen usw. beeinflusst. Dieser Umstand wird von Sch.-K. zwar generell beachtet, aber nicht annähernd so detailliert untersucht wie die macht-, verfassungs-, partei- und nationalitätenpolitischen Implikationen. Es wird nur am Rande diskutiert, in welchem Maße das Scheitern der Ausgleichsverhandlungen von 1897 nicht nur auf politische Konstellationen, sondern auch auf das Nachlassen der Überzeugung von der Nützlichkeit des Zoll- und Handelsbündnisses zurückgeführt werden kann. Wenn man aber die These vertritt, dass „die Deutschen Cisleithaniens [...] ihre nationalen über die wirtschaftlichen Interessen“ stellten (S. 313), und konstatiert, dass beide Seiten bereit waren, „für kleine Vorteile oder nationale Fragen die Wirtschaftsgemeinschaft in Gefahr zu bringen“ (S. 315), dann muss man auch die Wahrnehmung von Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftsgemeinschaft in die Betrachtung einbeziehen.

Im Anhang finden sich einige interessante Quellen zum Thema. Kritisch muss jedoch angemerkt werden, dass Sch.-K. – mit Ausnahme von drei eigenen Aufsätzen – die nach 2000 erschienene Literatur, also etwa die Studie von György Kövér und Ágnes Pogány über die Österreichisch-Ungarische Bank aus dem Jahre 2002¹, nicht berücksichtigt hat.

Leipzig

Uwe Müller

¹ GYÖRGY KÖVÉR, ÁGNES POGÁNY: Die binationale Bank einer multinationalen Monarchie. Die Österreichisch-Ungarische Bank (1878-1922), Stuttgart 2002.

A Pragmatic Alliance. Jewish-Lithuanian Political Cooperation at the Beginning of the 20th Century. Hrsg. von Vladas Sirutavičius und Darius Staliūnas. CEU Press. Budapest – New York 2011. 274 S. ISBN 978-615-5053-17-7. (€ 41,99.)

It is always difficult to discuss interethnic relations between neighbouring groups, especially when they adhere to different traditions, religions and worldviews in general. Even more complicated is to start such a discussion while trying to overcome the long-established ethnocentric historiographical traditions which more often than not tend to interpret, construct and present the past from a “nationally autistic” (in a manner of speaking) point of view: the prevalent ideologies drive the interpretations thus establishing the dominant narratives. Naturally, there are also attempts to find grounds for a common inter-historiographical discourse and the reviewed collection of articles undoubtedly serves as one of such examples.

The purpose of the book is to present political relations between the two national intelligentsias from the middle of the 19th century until the mid-1920s. As Vladas Sirutavičius and Darius Staliūnas, the editors of the collection, indicate, this is a pioneering attempt to intertwine the two – Jewish and Lithuanian – historiographical traditions. Although the book is a collection of articles, the compilation is designed with a clear-cut thematic and chronological structure, where the articles interconnect and complement each other. Moreover, the introductory chapter by the editors serves as the cornerstone for the whole narrative, thus providing well-balanced context for the less familiar readers high-